WBZ

Wiesbadener Bildungszeitung - GEW-Kreisverband Wiesbaden-Rheingau - Nr. 1/Januar 2023 - 41.Jahrgang

GEW

DIE MELL 2TEHT KOPF

INHALT

02 Editorial

03 Aktuelles aus dem Bereich KiTa

05 A 13 für alle - wir waren dabei

06 A 13 für alle! - Eine Ermutigung

10 Tauschbörse

10 Höhergruppierung? Überleitung nur auf Antrag!

11 A13 für Grundschullehrkräfte kommt

12 Die zukunftsfähige Berufsschule, oder: Ist das duale Ausbildungssystem gefährdet?

13 Eine attraktive Berufsausbildung braucht attraktive Berufsschulen

14 GEW schlägt 100-Milliarden-Programm für die Bildung vor

16 Hilfe für die Ukraine - fünfter Hilfstransport nach Kamenez-Podolski

17 Das Gespräch - Weltnaturkonferenz Montreal

18 Das dreckige Dutzend + PCB zählt dazu

19 Termine Fachgruppensitzungen

20 15 Punkte gegen den Lehrkräftemangel

Die nächste WBZ hat den Schwerpunkt DIGITALISIERUNG und erscheint im März. Redakationsschluss ist der 19. Februar 2023.

Impressum:

WBZ, **Herausgeber** ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wiesbaden-Rheingau; Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden, **E-Mail**: info@gew-wiesbaden.de; **Homepage**: www.gew-wiesbaden.de; **Redaktion**: Johanna Browman, Uta Knigge, (Texte), Ute und Thomas Eilers (Layout); **Druck**: *gpe Gesellschaft für psychosoziale Einrichtungen gGmbH Mainz*; **Auflage**: 1000. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion oder des Kreisvorstandes Wiesbaden-Rheingau der GEW wieder.

Liebe Kolleg:innen, liebe Interessierte an Bildung,

die Welt steht Kopf - und das nicht erst seit dem Beginn des Ukraine Krieges. Global bringen uns weiterhin die Pandemie und der Klimawandel an unsere Grenzen.

Aber auch bildungspolitisch brennt es bei uns an vielen Ecken und Enden - von den KiTas bis zu den Berufsschulen.

KiTas sind chronisch unterbesetzt und das Personal hoffnungslos überfordert. Hohe Krankheitsstände sind ein zu erwartender „Nebeneffekt“ dieser desolaten Lage. Deshalb fordern wir weiterhin: Bessere Bedingungen und angemessene Bezahlung für Erzieher:innen! Einen kleinen Sieg haben wir gemeinsam mit ver.di mit der Durchsetzung des neuen Tarifvertrags erstritten. Wir bleiben weiter dran.

Die Berufsschulen bluten aus, da zunehmend weniger spezialisierte Schwerpunkte angeboten werden - und das paradoxerweise in unserer Zeit, in der überall handwerklich ausgebildetes Personal fehlt.

Im Grundschulbereich war A 13 immer noch nicht in Hessen angekommen – es stand zu befürchten, dass die ohnehin viel zu wenigen Grundschullehrkräfte zunehmend in A 13 Bundesländer abwandern. Die Regierung hat die Gefahr erkannt und will bis zum Jahr 2028 die Besoldung der Grundschullehrerinnen und -lehrer auf A13 sufenweise anheben, sowie die Bezahlung der befristeten THV-Verträge über die Sommerferien begünstigen.

Auch die Schadstoffwerte in Schulen und allgemein marode und veraltete Schulgebäude sind nach wir vor die Regel. Armes Wiesbaden!

Zum Thema „Ländertausch“ und Versetzungsantrag gibt es wiederum gute Nachrichten: Für Kolleg:innen, die einen Versetzungsantrag gestellt haben, hat der Bezirksverband Südhessen eine Tauschbörse ins Leben gerufen. Damit möchten wir möglichst viele Freistellungen und Versetzungen erwirken im Sinne der Kolleg:innen. Einfach registrieren. Je mehr, desto höher die Chance auf eine passende „Tauschpartie“.

Ein weiterer Lichtblick in unserer Gewerkschaftsarbeit sind die anhaltenden regelmäßigen Hilfstransporte nach Kamenez – Podolski. Mit etwas Glück wird diese Stadt auch bald offiziell Partnerstadt Wiesbadens werden.

Apropos Glück: Das wünschen wir Dir/ Ihnen natürlich, liebe Leser:in, stets in der richtigen Portion für das Jahr 2023!

Mit GEWerkschaftlichen Grüßen

Johanna Browman und Chris Hahn

Aktuelles aus dem Bereich KiTa

Im Herbst 2022 war es Thema in den Medien, sogar an prominenter Stelle (z.B. in der Tagesschau"): "384.000 Kita-Plätze fehlen"[1], "Lange Wartelisten, hohe Arbeitsbelastung: In Hessens Kitas fehlen tausende Erzieherinnen und Erzieher"[2] "Kitas vor dem Kollaps?"[3]

Um nur ein paar Beispiele zu nennen ... Der zunehmende Fachkräftemangel gepaart mit zunehmenden Rechtsansprüchen auf Betreuung (Krippenplatz für unter 3-Jährige seit 1. August 2013 und der geplante Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026) verschärft das Problem.

Von einer Ausbildungs- bzws. Qualifizierungsoffensive, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, keine Spur. Stattdessen werden, um die Personalnot irgendwie einzudämmen, verschiedentlich unqualifizierte Personen in Kitas beschäftigt, wie beispielsweise "Zusatzkräfte" in Gießen.[4] Für's Erste mag es sinnvoll sein, die chronisch dünne Personaldecke in hessischen Kitas schnell aufzupolstern, um das Personal zu entlasten und nicht zuletzt im Beruf zu halten. Und sicher sind für den Beruf geeignete Personen dabei. Langfristig reicht das Argument "Es ist einfach schön, mit Kindern zu arbeiten. Man kriegt so viel zurück." jedoch nicht aus, um dem Bildungs- und Erziehungsauftrag, der gestzlich vorgeschrieben ist, gerecht zu werden.

Daher hat die Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe (LFG-Sozpäd) auf der Landesdelegiertenkonferenz (LDV) der GEW-Hessen Anfang Oktober in Kassel u.a. den Antrag "Gegen die Anrechnung von Nicht-Fachkräften auf die Personalschlüssel in Kindertagesseinrichtungen" gestellt, der mit großer Mehrheit von der LDV angenommen wurde. Im Antrag ist als abschließende Forderung formuliert: "Nicht ausgebildete Kräfte sind nicht auf den pädagogischen Personalschlüssel anzurechnen, sondern nur als zusätzliche Hilfskräfte in den Einrichtungen einzusetzen. Diesem Personenkreis ist zeitnah von den Trägern ein Ausbildungsperspektive anzubieten". Hierzu könnten Partnerschaften der Träger mit Ausbildungsinstitutionen nützlich sein.

Mit großem Entsetzen wurde das kurzfristig im Oktober 2022 beschlossene Ende des Bundesprogramms "Sprach-Kitas" in der Praxis aufgenommen. Natürlich ist Sprachförderung grundsätzlich eine allgemeine Bildungsaufgabe und wird von allen Kita-Fachkräften übernommen - angesichts eklatanter Lücken im täglichen Dienstplan fehlt jedoch die Möglichkeit zur ausreichenden Kommunikation mit dem einzelnen Kind - insbesondere mit jenen, die hier besonders gefördert werden müssen. Somit sind Sprachförderkräfte willkommene Verstärkung in den Kitas! Der Bund führt das Programm nun bis Juni ‘23 fort. Hessen verlängert es bis Ende ‘24. Bis dann soll in Hessen ein Konzept zur Sprachbildung etabliert werden.

Die Stadt Wiesbaden hat mit Pressemitteilung am 07.07.2022 mitgeteilt, eine Kita-App zur digitalen Kommunikation der Einrichtungen mit den Eltern einzuführen. Nähere Infos standen trotz Anfrage bei der Stadt bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitung aus.[5]

Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst

Ein weiteres Thema ist der Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst (TVöD-SuE): Gegen großen Widerstand der Arbeitgeberseite konnte durch mehrfache Warnstreiks von verdi und der GEW im Rahmen der Verhandlungen der sogannten "Aufwertungsrunde" im ersten Halbjahr 2022 ein Abschluss erzielt werden, der folgendes enthält (Vollzeitstelle):

- 130,- Euro monatl. Zulage ab Juli 2022 für Beschäftigte in S2-S11 (+180,-Euro für Beschäftigte S11b-S15 in Fallgruppe 6)
- 70,- Euro monatliche Zulage für Praxisanleitende ab Juli 2022
- 2 Regenerationstage rückwirkend ab Januar 2022
- optional zwei weitere Regenerationstage bei Verzicht auf einen Teil der Monatszulage ab Januar 2023
- Verkürzung der Stufenlaufzeiten ab Oktober 2024 (Beschäftigte kommen dann nach 15 statt nach 17 Jahren in die Stufe 6. Besonders lange Stufenlaufzeiten hat bisher S8b: Dort werden im Moment 22

1 *https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/kita-bertelsmann-101.html*

2 *https://www.hessenschau.de/gesellschaft/in-hessens-kitas-fehlen-tausende-erzieherinnen-und-erzieher,kita-erzieherinnen-mangel-100.html*

3 https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/personalmangel-kitas-corona-101.html

4 https://www.giessener-allgemeine.de/giessen/giessen-neue-wege-beim-kita-personal-idee-tabubruch-13158055.html

5 https://www.wiesbaden.de/medien/rathausnachrichten/PM_Zielseite.php?showpm=true&pmurl=https://www.wiesbaden.de/guiapplications/newsdesk/publications/Landeshauptstadt_Wiesbaden/141010100000426303.php

Jahre benötigt, um in Stufe 6 zu kommen. Mit der Änderung benötigen Berufsanfänger nur noch 15 Jahre.)

Für Teilzeitbeschäftigte gelten entsprechend geringere Werte.

So kannst Du Deine „Regenerationstage“ beantragen: Spätestens vier Wochen vorher schriftlich beim Arbeitgeber. Wenn sich Beschäftigte und Arbeitgeber einig sind ist es auch möglich, die Regenerationstage kurzfristiger zu gewähren.

Auch bei den Regenerationstagen gilt: Der Arbeitgeber soll die Wünsche der Beschäftigten berücksichtigen. Er darf den Antrag auf einen bzw. mehrere Regenerationstage nur aus dringlichen betrieblichen/dienstlichen Gründen ablehnen. Wenn aufgrund der Ablehnung durch den Arbeitgeber Beschäftigte keine Möglichkeit haben, ihre Regenerationstage in einem Kalenderjahr zu nehmen, können sie diese ins kommende Kalenderjahr übertragen. Werden die Regenerationstage dann nicht bis zum 30. September genutz, verfallen sie. Wenn Beschäftigte die Regenerationstage aus persönlichen Gründen wie bspw. Krankheit oder Mutterschutz/Elternzeit nicht nehmen können, ist keine Übertragung in‘s kommende Kalenderjahr möglich. Regenerationstage sind formal keine Urlaubstage. Und möchtest du einen Teil der monatlichen Zulage von 130 Euro in zwei weitere Regenerationstage umwandeln, musst du dies deinem Arbeitgeber bis zum 31.10. für das Folgejahr schriftliche mittteilen.[6]

In der "Aufwertungsrunde" ging es speziell um Regelungen im SuE-Bereich. Das Tarifergebnis hat eine Laufzeit von fünf Jahren, also bis 31.12.2026.

6 https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/so-kannst-du-deine-regenerationstage-in-anspruch-nehmen

Für 2023 stehen Verhandlungen zu den Entgelttabellen im TVöD aller Bereiche (auch SuE) an. Hier stehen folgende Forderungen der Gewerkschaften im Raum:

- 10,5 Prozent Lohnsteigerung, mindestens 500,- EUR/ Monat
- 200,- EUR für Praktikanten, Azubis, Studierende
- unbefristete Übernahme der Azubis
- 12 Monate Laufzeit

Verhandlungsauftakt ist am 24.01.2023.

Über Feedback jedweder Art sowie Mitteilungen aus anderen Sozialpädagogischen Berufen freue ich mich!

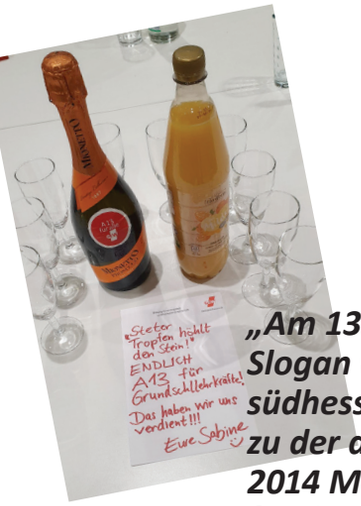
Thorsten Willig (fg-sozpaed@gew-wiesbaden.de)

Cartoon: Amelie Glienke/HÖGLI

A 13 für alle, wir waren dabei!

Vielleicht weiß ja noch jemand, wie oft wir am 13. November schon auf der Straße waren. Ich habe es nicht mehr gezählt. Dieses Jahr sind dem Aufruf des KV Wiesbaden-Rheingau mehr als 50 Lehrerinnen und Lehrer gefolgt und vom Wiesbadener Hauptbahnhof nach Frankfurt gefahren. Ein Waggon der Regionalbahn war mit uns gut gefüllt. In Frankfurt beteiligten sich ca. 2000 GEW-Mitglieder an der Demonstration. In den Redebeiträgen auf der Kundgebung wurde uns von einigen Parteien die Umsetzung zugesagt. Als ziemlich peinlich und von Buhrufen begleitet, stellte sich lediglich der Beitrag der Grünen dar. „Im Koalitionsvertrag sei ja festgelegt, dass Hessen die Einführung plane, wenn die Mehrzahl der Bundesländer A 13 auch umsetzen würde“. Es sind mittlerweile 10 Bundesländer, die A 13 für Grundschullehrkräfte einführen oder eingeführt haben. Möge „A 13 für alle“ nach der Landtagswahl 2023 Wirklichkeit werden. Die Aktion am 12. November 2022 hat für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu mehr Zuversicht geführt und gezeigt, dass es an der Zeit ist wieder auf die Straße zu gehen.

Chris Hahn



A 13 für alle! - Eine Ermutigung

„Am 13. für A13!" Mit diesem Slogan wollte eine kleine Gruppe südhessischer Grundschullehrkräfte, zu der auch ich gehörte, im Sommer 2014 Mitstreiter*innen suchen und für die Forderung nach gleicher Besoldung für alle Lehrämter laut werden.

Der 13.11. eines Jahres war gemeint, weil dann die Jahresbesoldung einer Grundschullehrkraft im Vergleich zu allen anderen Lehrämtern endete.

Nun bin ich wiederum an einem 13., - an einem gar nicht so unglücksverheißenden Freitag, den 13.1.23, denn gestern kam die Meldung der Landesregierung, dass A13 für Grundschullehrer*innen auch in Hessen Wirklichkeit wird - auf dem Weg zu einer Sitzung der GEW Südhessen als Teil des dortigen Vorsitzenden-Teams und denke: Geschafft! Politisches Engagement kann etwas verändern.

Natürlich mache ich mir keine Illusionen: Das Bildungssystem in der Grundschule ist durch Fachkräftemangel, zu hohe Arbeitszeiten und die überbordenden Aufgaben über die letzten Jahre so massiv an die Wand gefahren worden, dass es nun so richtig crasht. Der schnellste und einfachste Weg, Grundschullehrer*innen bei der Stange - und im eigenen Bundesland - zu halten, geht übers Geld.

Dennoch: Nur mit einer lautstark vorgetragenen Forderung nach A 13 aus der Lehrer*innenschaft unterstützt durch ihre Gewerkschaft, die GEW, ist an politische Umsetzung zu denken.

Und wo fängt diese an?

Eine Initiative des GEW BV Südhessen

13.11.2018 vor dem Kultusministerium

A 13 für alle! - Eine Initiative des GEW BV Südhessen

Für mich fing es in einer Klausurtagung des Bezirksverbands Südhessen im Frühjahr 2014 an.

Als Grundschullehrerin hörte ich mir ein Referat über Ganztagsschulentwicklung in Südhessen an und wurde innerlich immer ungehaltener, ob der Verantwortung und Aufgabenfülle in unserem Beruf und der im Vergleich niedrigeren Bezahlung als in anderen Lehrämtern.

Im folgenden Austausch schlug ich die geballte Faust auf den Tisch mit dem überzeugten Ausruf: „Ich will A13!“

Dann passierten zwei wichtige Dinge:

Erstens erfuhr ich, dass sich bereits andere GEW-Kolleg*innen in der Sache engagiert hatten: Es gab einen 40 Jahre alten Beschluss gegen die schlechtere Bezahlung von Grundschullehrkräften, der zwar regelmäßig auch auf GEW-Bundesebene wiederholt wurde, jedoch mehr oder weniger ein Papiertigerdasein fristete.

Zweitens griff der damalige Bezirksvorsitzende, Tony Schwarz, meinen Beitrag auf und bot an, während eines anderen Tagesordnungspunktes parallel die Möglichkeit zu schaffen, dass sich Interessierte ausklinken und weiter an der A13-Forderung arbeiten. Eine Gruppe von 5 Frauen kam zusammen. Darunter Heike Rickert-Fischer, Mitglied der Fachgruppe Grundschulen der GEW Hessen.

Antrag. Netzwerk. Arbeit. Kampf.

Es folgte ein erneuter Antrag für A13 auf der kommenden Landesdelegiertenversammlung (das oberste Organ der GEW Hessen) im November 2014 in der festen Absicht, dem Papiertiger Zähne zu verleihen. Mutig und argumentationsstark mussten zunächst einmal die eigenen Reihen (!) überzeugt werden. Die innergewerkschaftliche Akzeptanz wuchs Jahr für Jahr - nicht zuletzt durch viele persönliche Gespräche.

Im November 2015 dann der erste „1. Tag der unbezahlten Arbeit der Grundschullehrkräfte“ als „A13 für alle!“-Aktion der GEW Hessen.

Spitzengespräche mit politischen Vertreter*innen in Hessen folgten genauso wie die Vernetzung auf GEW-Bundesebene, wo es in anderen Bundesländern ähnliche Entwicklungen gab. Ab 2016 dann bundesweite Aktionszeiträume der GEW im November - orientiert am „1. unbezahlten Tag der Grundschullehrkräfte“ aus der südhessischen Keimzelle.

Wir hatten stets von langem Atem gesprochen, den es benötigt, die Forderung weiter- und letztendlich durchzubringen.

Jahrelange Arbeit, Fremd- und Selbstmotivation, im grauen November auf die Straße zu gehen und schier Aussichtsloses zu fordern. Selbstzweifel waren nicht nur einmal zu Besuch. Nur war die Überzeugung, das Richtige gegen eine historische (Ge-)Schlechterbezahlung zu tun, stärker.

A 13 für alle! - Eine Erfolgsgeschichte

Mit Brandenburg rang sich das erste Bundesland 2017 zur höheren Grundschulbezahlung durch. Es kam zu einem Dominoeffekt. Immer begleitet vom bundesweiten Druck der GEW und zahlreicher Kolleg*innen. Endlich auch stärkere mediale Wahrnehmung.

Nach dem nunmehr siebten A13-Aktionstag 2022 mit einer 2000-Mensch-starken Demonstration der große, wenn auch bis 2028 gestreckte Durchbruch: Grundschullehrer*innen werden auch in Hessen A13 verdienen!

Warum ich das alles schreibe?

Wer hat denn nicht schon einmal die Idee gehabt: Das gehört doch anders!

Wer hat sich denn nicht schon mal empört über herrschende, ungerechte Zustände?

Diese persönliche A13-Geschichte ist die Bestätigung dafür, dass das unbeirrte Eintreten für eine Sache und Solidarität zum Erfolg führen können.

Dass politisches Engagement - und sei es nur die Teilnahme an einer Unterschriftenaktion oder einer Demo - Wirkung zeigt und Kraft entfaltet. Neben dem sich direkt einstellenden Solidaritätsgefühl, auch mit der Option auf größere Erfolge.

Dieses Beispiel des Kampfes der Grundschullehrer*innen für eine bessere Bezahlung soll ein Plädoyer gegen die Verzagtheit sein. Habt Mut, die Welt zu verändern! (Das würden wir unseren Grundschüler*innen bestimmt auch so sagen.)

Christine Dietz (Mitglied im Vorsitzenden-Team des GEW Bezirksverbands Südhessen, ehemalige Kreisvorsitzende der GEW Wiesbaden-Rheingau)

P.S.: Ob „A13 für alle!“ bis 2028 warten muss? In diesem Jahr sind Landtagswahlen. Nutzen wir den Wahlkampf!

GEW Tauschbörse GEW

zum bundesweiten Ländertauschverfahren der KMK von der GEW Südhessen

Seitens der Kultusministerkonferenz gibt es die Möglichkeit, dass Lehrkräfte von einem Bundesland in ein anderes wechseln können und dort unter Anerkennung ihrer bisherigen Tätigkeit weiterbeschäftigt werden. Ebenso ist die Versetzung innerhalb eines Bundeslandes möglich.

Die GEW Südhessen will Kolleg*innen dabei unterstützen und bietet hierzu eine Tauschbörse an, bei der sich Lehrkräfte beteiligen können.

www.gew-tauschboerse.de

Dieses Angebot verfolgt das Ziel, Kolleg*innen untereinander in Kontakt zu bringen, wenn diese mögliche Tauschkandidat*innen in ihrer Wunschregion finden können.

Es kann aber auch die beteiligten Personalräte unterstützen, die Kolleg*innen zu begleiten und zu beraten.

Ohne eine breite Streuung des Angebots werden die Kolleg*innen, die über die Bundesrepublik verteilt sind, nicht profitieren können, wenn nicht landauf, landab das Angebot aktiv beworben und unterstützt wird. Gerne können entsprechende Hinweise in Ihren Publikationen, Newslettern oder ähnlichen verwendet werden.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Dr. Manon Tuckfeld, für den Vorsitz der GEW Südhessen, www.gew-tauschboerse.de, GEW Bezirksverband Südhessen Gagernstraße 8, 64283 Darmstadt, Tel. 06151–2231, 1 bezirk@gew-suedhessen.de, www.gew-suedhessen.de

Höhergruppierung? Überleitung nur auf Antrag!

Wichtige Infos zur neuen Lehrkräfte-Entgelt-Ordnung

Am 1. August 2022 trat die im Rahmen der Tarifrunde 2021 vereinbarte Lehrkräfte-Entgeltordnung in Kraft. Damit ist dann endlich auch in Hessen die Eingruppierung der Lehrkräfte an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen tarifrechtlich geregelt.

Wen betrifft dies?

Dieser Tarifvertrag gilt nicht nur für Lehrkräfte, sondern auch für unterrichtsunterstützende Beschäftigte an allgemeinbildenden Schulen und beruflichen Schulen, die unter den Geltungsbereich des § 44 und des § 44a TV-H fallen.

Dies betrifft also auch sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und sozialpädagogische Mitarbeiter an Schulen und UBUS-Beschäftigte.

Da die neue Entgeltordnung für Lehrkräfte am 1. August 2022 in Kraft getreten ist, gilt sie für alle Lehrkräfte, die am 1. August 2022 oder später in ein Arbeitsverhältnis mit dem Land Hessen eingestellt werden. Was ist mit den „Altbeschäftigten“?

Für diese „Altbeschäftigten“ gelten die neuen Eingruppierungen des TV EGO-L-H allerdings nicht automatisch. Sofern sich aus der neuen Entgeltordnung ein Anspruch auf eine höhere Eingruppierung, Entgeltgruppenzulage oder Anpassungszulage ergibt, müssen sie einen Antrag stellen (§ 29 Abs. 3 TV-H in der Fassung des § 9 TV EGO-L-H). Dieser Antrag kann und muss innerhalb einer Frist von einem Jahr, also bis zum 31. Juli 2023 beim Arbeitgeber ankommen und kann nicht zurück genommen werden.

Kolleg*innen welcher Schulformen werden besser gestellt?

Die Verbesserungen betreffen vor allem Beschäftigte in vergleichsweise niedrigen Entgeltgruppen (E5, E6, E7), die längere Zeit im Schuldienst tätig waren und bestimmte Weiterbildungen nachweisen können.

Die Verbesserungen für Lehrkräfte an Gymnasien und beruflichen Schulen mit vergleichsweise hohen Entgeltgruppen halten sich in Grenzen. Im Gegenteil: Für Lehrkräfte mit wissenschaftlichem Hochschulabschluss und zwei ableitbaren Fächern ist aus systematischen Gründen ab 1. August 2022 statt der EG 13 nur noch die EG 12 (plus halbe Zulage zur EG 13) vorgesehen.

Für alle angestellten Kolleg*innen mit Entgeltgruppe E13 gilt aber Bestandsschutz im aktuellen Arbeitsverhältnis für die Dauer der unveränderten Tätigkeit, es besteht deshalb für sie kein Handlungsbedarf.

Vorsicht vor Exspektanzverlusten: Was ist das, bitte?

Exspektanz ist ein Begriff aus der Rechtssprache und bedeutet faktische Aussichten auf zukünftige Mehrung des Vermögens oder Einkommens. Eine höhere Eingruppierung kann in bestimmten Einzelfällen nämlich dann zu Nachteilen führen, wenn in nicht allzu weiter Zukunft ein Stufenaufstieg anstehen würde, der einen höheren Stufenbetrag nach sich ziehen würde als die bestehende Stufe in der höheren Entgeltgruppe. In diesem Fall muss im Vorfeld sehr gut geprüft werden, ob ein Antrag überhaupt gestellt wird.

An wen kann ich mich wenden?

GEW-Mitglieder werden u.a. von Vertreterinnen im GPRS kostenlos beraten. Zudem ist eine Info-Veranstaltung dazu in Planung. Auf der Homepage der GEW Hessen im Bereich Tarif und Besoldung und im Mitgliederbereich unter dem Stichwort Tarif gibt es weitere Informationen. Dort können auch die Muster für die unverbindliche Anfrage und für den Antrag auf Überleitung abgerufen werden.

Martina Krämer

Geschafft! A 13 für Grundschullehrkräfte kommt

Die Hessische Staatskanzlei verkündigte am 12.01.23 die Anhebung der Besoldung für Lehrerinnen und Lehrer in den Grundschulen auf A13[1]

Kultusminister Lorz: „Wir setzen ein wichtiges Signal im Wettbewerb mit den anderen Ländern.“ Aha. Und weiter: „... Die höhere Besoldung ... wird uns helfen, den Beruf noch attraktiver zu gestalten ...“ Denn, so Ministerpräsident Boris Rhein: „Unsere Lehrerinnen und Lehrer üben einen sehr verantwortungsvollen Beruf aus und kümmern sich jeden Tag um die Bildung und damit um die Zukunft unserer Kinder“. Auf einmal hat also die „bestmöglichste Versorgung der Schulen mit Lehrkräften für guten Unterricht höchste Priorität“? Warum erst jetzt dieser Meinungsumschwung? Die GEW fordert schon seit Jahren die bessere Bezahlung der im Bildungsbereich Beschäftigten. Wann kommt A12 für Erzieherinnen, Erzieher und Fachpraxislehrkräfte an Berufsschulen?

1 https://hessen.de/presse/anhebung-der-besoldung-fuer-lehrerinnen-und-lehrer-in-den-grundschulen-auf-A13

Leider braucht die schwarz-grüne Landesregierung für die „Anhebung“ fünf Jahre und zwar sukzessive in sechs Schritten bis 2028. Los geht‘s zum 1. August 2023. „Im ersten Jahr soll sich die Zulage auf zehn Prozent des Mehrbetrags von A13, 2024 auf 25 Prozent, 2025 auf 40 Prozent, 2026 auf 60 Prozent, 2027 auf 80 Prozent und 2028 dann schließlich auf 100 Prozent belaufen.“

Ein weiteres Bonbon ist die Ausweitung der Bezahlung von befristet angestellten Lehrkräften über die Sommerferien. „Künftig besteht die Möglichkeit auf Weiterbeschäftigung in den Sommerferien schon nach einer Mindestbeschäftigungsdauer von 30 Wochen - und nicht erst nach einer Mindestbeschäftigungsdauer von 35 Wochen wie bislang“, verlautet es aus der Staatskanzlei. Da geht aber noch mehr!

Nun ja, wie immer vor Wahlen halten Politiker Sonntagsreden. Voraussichtlich im Herbst dieses Jahres finden Landtagswahlen in Hessen statt.

Thomas Eilers

Die zukunftsfähige Berufsschule – oder: Ist das Duale Ausbildungssystem gefährdet?

Kultursminister Lorz hat mit zwei knappen Presseerklärungen ein neues Konzept für alle hessischen Berufsschulen schon ab dem Schuljahr 2025/26 angekündigt. Wer an dem Konzept arbeitet, weiß niemand. Inhaltlich werden die Schulleitungen mit einer wenig aussagekräftigen Power-Point-Präsentation informiert. Nur tröpfchenweise kommen Informationen ans Tageslicht.

In der Einführung der Presseerklärung heißt es lapidar „Nichtsdestotrotz ist die Zahl junger Menschen, die eine duale Ausbildung aufnimmt, seit Längerem rückläufig.“ Dass das Kultusministerium erst jetzt reagiert, ist verantwortungslos und viel zu spät. Der Abwärtstrend in der dualen Ausbildung ist seit den 90er Jahren schon erkennbar gewesen. So waren im Schuljahr 1985/86 noch 169.530 Schülerinnen und Schüler in Teilzeitform an den Berufsschulen, aber schon im Schuljahr 1995/96 sank die Zahl auf 117.428. Ein Minus von über 50000 Auszubildenden, welches einfach ignoriert wurde. Fast zwanzig Jahre gingen ins Land um zu erkennen, dass die Zahlen auf eine Halbierung hinauslaufen, sollte der Trend anhalten. Zurzeit (Schuljahr 2020/21) sind die Ausbildungszahlen unter die Marke von 100.000 gefallen.

Es ist schon bewundernswert, dass das Kultusministerium auf eine jahrzehntelange Forderung der GEW („kleinere Klassen jetzt!“) erst heute eingeht und diese im Konzept der zukunftsfähigen Berufsschule umsetzen will, leider nicht für alle Schulformen, denn auch an Gymnasien, Real-, Grund- und Hauptschulen sind die Klassengrößen nicht zumutbar. Es steht dennoch die Drohung im Raum - sollten die Schülerzahlen zwei Jahre hintereinander nicht erreicht werden - die Ausbildungsberufe an den betroffenen Berufsschulen zu streichen. Dann sollen erst regional zuständige Berufsschulen die Ausbildungsberufe zentral unterrichten, falls hier die Zahlen auch unterschritten werden, müssen landesweit zuständige Berufsschulen ausgerufen werden.

Geht das Kultusministerium davon aus, dass die Zahlen der Auszubildenden noch dramatischer als oben beschrieben sinken werden? Wie sollen die Attraktivität, die Qualität und das Ansehen der dualen Ausbildung erhöht werden? Die Vergangenheit zeigt, dass Zentralisierung von Berufsschulen in Landes- oder Bundesklassen zu einem Sterben von Ausbildungsplätzen in Hessen führt. Auch die Kreishandwerkerschaft des Vogelsbergkreises sieht dies so: „…aus dem Bereich der Handwerksberufe sind nahezu alle noch verbliebenen Fachklassen im Vogelsbergkreis gefährdet … Für den Ausbildungsstandort Vogelsbergkreis habe das katastrophale Folgen.“

Denkt man das Konzept des Hessischen Kultusministeriums zu Ende, kann man der Versicherung „kein Berufsschulstandort wird sterben“ kaum Glauben schenken. Gerade im ländlichen Bereich wird das Sterben von Ausbildungsberufen dramatisch zunehmen und somit kleine Berufsschulen um ihr Überleben kämpfen. Man sollte den Versprechungen des Hessischen Kultusministeriums eher mit Skepsis gegenüberstehen, da die monetären Interessen, der Berufsschullehrer*innenmangel sowie die bauliche Substanz der Berufsschulen mit keinem Wort erwähnt werden. Wer die Lehrer*innenausbildung jahrzehntelang vernachlässigt und die Lücken mit nicht voll ausgebildeten Lehrkräften stopfen will, sollte nicht von Qualitätssicherung sprechen.

Wenn man laut HKM „die Qualität der Dualen Ausbildung durch hohe Unterrichtsqualität sichern“ möchte, die „Attraktivität der Dualen Ausbildung erhöhen“ will und „das gesellschaftliche Ansehen der Dualen Ausbildung stärken“ möchte, dann muss man die Tür nicht nur einen Spalt in Richtung Zukunft öffnen, sondern weit aufstoßen. Zum einen muss in der Gesellschaft ein Umdenken angestoßen werden, dass nicht jedes Kind zum Abitur oder Studium getrieben wird und auch lernschwächere Kinder nicht von einer Ausbildung nahezu ausgeschlossen werden. Dafür müssen Handwerk, Industrie und das HKM gemeinsame Prozesse im gesellschaftlichen Diskurs anregen, Konzepte entwickeln und Geld in die Hand nehmen.

Wäre dieses Projekt schon vor zwanzig Jahren gestartet worden, stünden wir heute nicht vor dem Scherbenhaufen der Dualen Ausbildung. Ein Konzept um das uns die Welt beneidet, ist leider sträflich vernachlässigt worden. Die Attraktivität von Ausbildungsplätzen macht sich nicht zuletzt an vernünftigen Löhnen, kürzerer Arbeitszeit und Ansehen in der Gesellschaft fest. Also sollte die Forderung an Industrie und Handwerk lauten:

Zahlt gutes Geld für gute Arbeit, so dass Fachkräfte ähnlich gut bezahlt werden wie Akademiker*innen!

Bietet euren Fachkräften mehr Aufstiegsmöglichkeiten durch bezahlte Weiterbildung und bezahlte Qualifikationsmaßnahmen!

Das Hessische Kultusministerium muss an Gymnasien die Lehrer*innen von morgen werben, Lehrer*innen im Vorbereitungsdienst besser bezahlen, Gebäude sanieren, Wochenstunden reduzieren und den Lehrer*innenberuf attraktiver gestalten.

Nicht verfassungsgemäße Besoldung und die höchste Pflichtstundenzahl für hessische Lehrkräfte, unterschiedliche Besoldung für gleiche Arbeit steigern nicht die Attraktivität dieses Berufes.

Alle diese Maßnahmen brauchen Zeit um zu wirken. Zeit, die das System der Dualen Ausbildung nicht mehr hat. Daher scheint es erforderlich - um dem steigenden Fachkräftemangel entgegen zu wirken - auch vollschulische Berufsausbildung an den Berufsschulen anzubieten. Hiervon könnten gerade Berufsschulen im ländlichen Raum stark profitieren um die Fachklassen über den genannten Schülerzahlen zu halten. Auch könnten hier lernschwächere Schülerinnen und Schüler, die von Ausbildung nahezu ausgeschlossen sind, erfolgreich ins Berufsleben eingegliedert werden. Dies darf aber nicht dazu führen, dass die Duale Ausbildung gefährdet wird und sich Handwerk und Industrie aus dem System zurückziehen. Daher kann eine vollschulische Berufsausbildung während dieser Zeit nur als Übergangslösung angesehen werden.

Macht Euch auf den Weg und zwar sofort!

Chris Hahn

Eine attraktive Berufsausbildung braucht attraktive Berufsschulen

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) setzt sich mit Blick auf die neuesten Zahlen zum Ausbildungsmarkt für eine Stärkung der beruflichen Schulen ein. „Die duale Berufsausbildung hat nicht nur ein Passungs-, sondern auch ein Imageproblem. Sie ist für viele Jugendliche nicht interessant“, sagte Ralf Becker, GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung, nach der Veröffentlichung der Zahlen zum Ausbildungsjahr 2022 des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) am Mittwoch.

Lediglich 47 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz, die bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldet sind, hätten eine Stelle erhalten. Obwohl das duale System der Berufsausbildung weltweit hoch anerkannt sei, könnten über 68.500 Ausbildungsplätze nicht besetzt worden. Ursache sei, dass regional zu wenig Ausbildungsplätze angeboten würden. Zudem seien die jungen Menschen nicht mobil genug, weil es viel zu wenige Wohnheime für Auszubildende gebe, Azubi- Tickets zu teuer seien oder Zugverbindungen fehlten. „In vielen Berufen sind aber auch die Ausbildungsbedingungen so schlecht, dass viele Jugendliche sich gar nicht erst bewerben“, betonte Becker.

Hauptgrund für das schlechte Image sei die jahrzehntelange Vernachlässigung der Berufsbildenden Schulen durch Bund, Länder und Kommunen. „Die berufsbildenden Schulen müssen dringend in ihrer wichtigen Rolle als stabiler, verlässlicher und konjunkturunabhängiger Partner in der Berufsausbildung anerkannt und gestärkt werden“, unterstrich Becker. „Deshalb muss jetzt ein Pakt für die berufsbildenden Schulen schnell und umfassend umgesetzt werden! Ein auf Digitales beschränktes Ausstattungsprogramm reicht bei weitem nicht aus.“

Info: Das Bundesinstitut für Berufsbildung zieht Ende des Jahres Bilanz zum Ausbildungsmarkt. Dabei werden die real abgeschlossenen Ausbildungsverträge gezählt. Die Zahlen, die die Bundesagentur für Arbeit (BA) im Oktober veröffentlicht, lässt nur Aussagen über die Bewerberinnen und Bewerber sowie Ausbildungsstellen zu, die bei der BA gemeldet sind - nicht aber über die wirklich besetzten Ausbildungsstellen.

Umfassende Informationen der GEW zum „Pakt für die Berufsbildenden Schulen“ finden Sie auf der GEW-Website unter: https://www.gew.de/berufliche-bildung/berufliche-schulen/pakt-fuer- berufsbildende-schulen

GEW schlägt 100-Milliarden-Programm für die Bildung vor

Bildungsgewerkschaft zieht Bilanz: ein Jahr Ampelregierung

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) schlägt ein 100-Milliarden-Euro-Programm für Investitionen in die Bildung vor. Dieses solle über ein Sondervermögen finanziert werden. Aus den Mitteln solle auch ein auf zehn Jahre angelegtes Sanierungsprogramm für Bildungsgebäude finanziert werden, allein für Schulbauten habe sich ein Investitionsstau von rund 45 Milliarden Euro gebildet. „Investitionen in Bildung sind Zukunftsinvestitionen, bei denen sich jeder Euro um ein Vielfaches rentiert. Die Bundesregierung ist mit großen Plänen für ein ‚Jahrzehnt der Bildungschancen' gestartet, auf diesem Weg aber bisher nur in Trippelschritten vorangekommen", sagte GEW-Vorsitzende Maike Finnern am Mittwoch in Frankfurt a.M. mit Blick auf ein Jahr Ampelregierung. Das sei enttäuschend, auch wenn die Corona-Pandemie und der Angriff Russlands auf die Ukraine die Agenda der Koalitionäre stark belasten.

Insbesondere in Kitas und den Schulen, herrscht ein riesiger Fachkräftemangel

„Das Bildungssystem in Deutschland ist seit Jahrzehnten deutlich unterfinanziert – mit dramatischen Folgen. In allen Bildungsbereichen, insbesondere in Kitas und den Schulen, herrscht ein riesiger Fachkräftemangel, der alles überlagert und alle Herausforderungen verstärkt. Er stellt die Umsetzung gesellschaftlich notwendiger Schritte wie den Rechtsanspruch auf Ganztag an Grundschulen infrage. Die PISA- und IQB-Studien belegen beispielsweise, dass sich die Leistungen der Schülerinnen und Schüler verschlechtern, verstärkt wird diese Entwicklung durch die Pandemie und deren Folgen. Damit sich der Bund stärker an der Finanzierung des Bildungswesens beteiligen kann, muss das Kooperationsverbot in der Bildung endlich komplett gestrichen werden", betonte Finnern. „Wir müssen mehr Geld ins System investieren, damit Bildung ihren Beitrag für mehr Chancengleichheit in der Gesellschaft leisten kann."

„Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass das Ganztagsprogramm nicht vor die Wand fährt. Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen hat höchste gesellschaftliche Bedeutung: Das Vorhaben soll einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit leisten und für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgen", unterstrich die GEW-Vorsitzende. Dafür seien eine gute und verstetigte Ausfinanzierung des Projekts sowie die Bereitstellung der benötigten Fachkräfte unabdingbar. „Beide Voraussetzungen sind bisher nicht sichergestellt. Das muss umgehend geschehen, die Zeit drängt. Zudem fehlt ein Qualitätsrahmen, auf den sich Bund und Länder verständigen müssen", sagte Finnern.

Die Weiterentwicklung des ‚Gute Kita Gesetzes' zum „Kitaqualitätsentwicklungsgesetz" ist der zentrale Baustein in der frühkindlichen Bildung

„Die Weiterentwicklung des ‚Gute Kita Gesetzes' zum „Kitaqualitätsentwicklungsgesetz" ist der zentrale Baustein in der frühkindlichen Bildung. So richtig der

> ***Bildung ist eine Ware, so sieht es der Finanzminister und auch das Kultusministerium, die Staatlichen Schulämter und gar die Schulen sollen so „verwaltet" werden.***
>
> ***„Management ist, andere für sich arbeiten zu lassen und zwar so, dass sie es gerne tun. … Fachwissen braucht Manager - und einen nicht zu hohen IQ. Der steht einer Managemenkarriere eher entgegen."***
>
> **Wolfgang Radau, Personalberater für Unternehmen**

Schritt ist, den die Ampelkoalition gerade geht: Alles steht und fällt – gerade bei dem aktuellen Fachkräftemangel – mit einer guten und stetigen

Kofinanzierung durch den Bund. Hier sind die geplanten Gelder bei weitem nicht ausreichend“, hob Finnern hervor. Sie machte deutlich, dass die Qualität in der frühkindlichen Bildung dringend verbessert werden müsse, weil hier „das Fundament für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn der Kinder gelegt“ wird.

Ungleiches muss ungleich behandelt werden

„Das Startchancenprogramm der Bundesregierung, das erst im Schuljahr 2024/25 starten soll, ist dringend notwendig, um der zunehmenden sozialen Spaltung in der Gesellschaft entgegenzuarbeiten. Die Initiative kommt jedoch viel zu spät und steht zudem unter einem Haushaltsvorbehalt“, sagte Finnern. „Ungleiches muss ungleich behandelt werden: Die Ressourcen müssen so gesteuert werden, dass sie da ankommen, wo sie am meisten benötigt werden: Bei den Schulen in schwierigen sozialen Lagen. Damit das klappt, müssen die Mittel nach sozialen Kriterien verteilt werden.“ Die GEW habe hierfür ein gutes Konzept vorgelegt. Die Gewerkschafterin machte darauf aufmerksam, dass es zudem bisher keinen Plan gebe, wie die zugesagten zusätzlichen Stellen für Schulsozialarbeit den Weg an die Schulen finden.

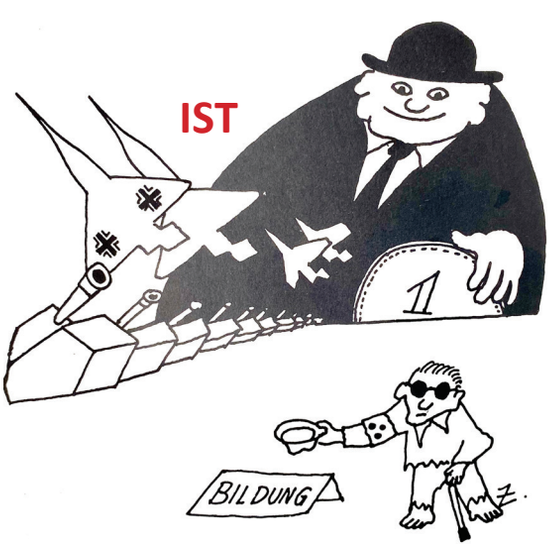
Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz sollte umfassend reformiert werden

„Auch im Hochschulbereich klafft eine Ist-Soll-Lücke. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz sollte umfassend reformiert werden, um ‚Dauerstellen für Daueraufgaben’ möglich zu machen. Jetzt hakt es jedoch. Die Ampel muss Farbe bekennen und schnell einen Gesetzentwurf vorlegen. Die GEW hat dafür die Blaupause geliefert“, betonte Finnern. Sie unterstrich zudem, dass die beiden BAföG-Novellen, die die Regierung auf den Weg gebracht hat, zu kurz griffen: „Die Studierenden brauchen eine echte Strukturreform des BAföG mit diesen Eckpfeilern: Erhöhung der Sätze auf das steuerliche Existenzminimum von 1.200 Euro und regelmäßige Anpassungen, ein wirksamer Notfallmechanismus für alle Krisen, Senkung des Darlehensanteil des BAföG zu Gunsten eines Vollzuschusses, Angleichung der Förderungshöchstdauer an die tatsächliche Studienzeiten und Stärkung der Elternunabhängigkeit.“‘

Pakt für die beruflichen Schulen endlich anpacken

Die GEW-Vorsitzende mahnte an, dass der avisierte „Pakt für die beruflichen Schulen“ endlich angepackt werden müsse. „Mit Blick auf den Fachkräftemangel müssen die beruflichen Schulen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben im Rahmen der ‚Dualen Ausbildung‘ weiterzuentwickeln und zu verbessern“, hob Finnern hervor. In der Weiterbildung setzte die Gewerkschafterin auf die Fortsetzung der „Nationalen Weiterbildungsstrategie“ (NWS). „Lebenslanges Lernen ist in dem Transformationsprozess, in dem sich die Bundesrepublik befindet, eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und beruflichen Erfolg. Deshalb muss die Regierung mit dem gleichen Elan an die NWS herangehen wie die Sozialpartner“, stellte die GEW-Vorsitzende fest.

Ulf Rödde, GEW-Hauptvorstand, Pressemitteilung am 7. Dezember 2022



Guido Zingerl, Politische Karikaturen mit einem Vorwort von DietrichKittner, Verlag Atelier im Bauernhaus, Fischerhude

Hilfe für die Ukraine - fünfter Hilfstransport nach Kamenez-Podolski

Am 3. November 2022 war es wieder soweit: zum fünften Mal seit Kriegsbeginn in der Ukraine wurde ein LKW beladen, um die Menschen in der kriegsgebeutelten Ukraine zu unterstützen. Die Ladung betrug 20 Tonnen Hilfsgüter - neben den leider schon fast "üblichen" Lebensmitteln und Hygieneartikeln, Winterkleidung und Decken gingen auch Krankenhausausstattung, Betten, eine komplette Küche sowie Kerzen und Powerbanks mit auf die Reise. Die Schulze-Delitzsch-Schule hat ihr altes Schulmobiliar - ca. 500 Tische und Stühle - gespendet, um eine neue Schule in der Ukraine auszustatten. All dies ist wohlbehalten am 8. November 2022 in Kamenez-Podolski angekommen.

Durch den ständigen Kontakt mit Raissa Pawlukowytsch, der Ansprechpartnerin vor Ort wird garantiert, dass alles persönlich an die notleidenden Menschen "ohne Reibungsverlust" verteilt wird.

Thorsten Willig, Chris Hahn, Susanne Vögtler, Uta Knigge, René Prokop

Alles war nur möglich durch die Unterstützung vieler Beteiligter. So hat die Schulze-Delitzsch-Schule seit acht Monaten den Pausenraum der Schule für die Sammelaktionen zur Verfügung gestellt. SchülerInnen haben spontan in ihren Pausen beim Ausladen von Spenden und Einkäufen geholfen. Ein besonderer Dank geht an die Lehrkraft und Aktionskoordinatorin Susanne Vögtler, die durch ihr hartnäckiges Engagement und ihren leidenschaftlichen Einsatz, das Gelingen unserer Hilfsaktionen möglich macht!

Die Mitglieder des Partnerschaftsvereins Wiesbaden-Schierstein*Kamenez-Podolski, der GEW Kreisverband Wiesbaden-Rheingau, die freiwilligen Feuerwehr Bierstadt und viele freiwilligen Helfer haben Bananenkisten organisiert, Spenden zur Schule gebracht, tagelang sortiert, verpackt, den Transport in die ukrainische Stadt Kamenez-Podolski organisiert und nicht zuletzt den bereits fünften LKW beladen auf die Reise im Sinne der Menschlichkeit geschickt. Ein herzliches Dankeschön!

Wir als GEW Wiesbaden-Rheingau werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen, die Menschen in der Ukraine zu unterstützen, um ihnen zu ermöglichen, dem unmenschlichen Angriffskrieg Russlands standzuhalten und ihr Land nach dessen Ende wieder aufbauen zu können!

BITTE BETEILIGT EUCH WEITERHIN ZAHLREICH AN KOMMENDEN HILFSAKTIONEN!

René Prokop

„Die Militaristen irren. Es ist gar nicht die Aufgabe der Pazifisten, sie zu überzeugen – sie sollen vielmehr in einem Kampf, der kein Krieg ist, besiegt, nämlich daran gehindert werden, über fremdes, ihnen nicht gehöriges Leben zu verfügen. Man mache sie unschädlich; einzusehen brauchen sie gar nichts.“
(Kut Tucholsky, 1931)

https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/kurt-tucholsky

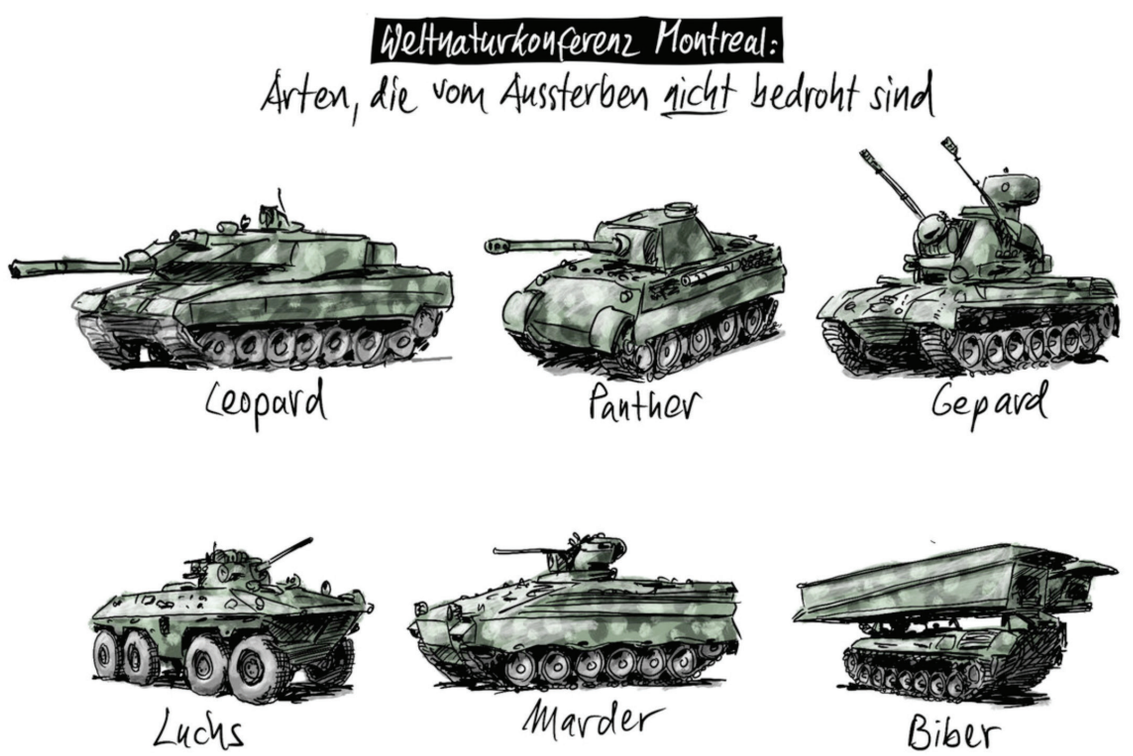
DAS GESPRÄCH

Wenn wir zwei uns unterhalten,
Geht es eine Zeitlang gut.
Ruhe und Grammatik walten,
Während die Synapsen schalten.
Unbeschleunigt pulst das Blut.

Zufall wills und wir touchieren
Beiläufig die Politik.
Nahtlos geht es an die Nieren,
Weltbildfetzen kollidieren
Wie dereinst im Kalten Krieg.

Fröstelnd schlagen wir die Kragen
Hoch. Das Knacken welker Blätter
Grätscht ins stille Unbehagen.
Jeder von uns hört sich sagen:
Künftig nur noch übers Wetter!

Marco Tschirpke, in konkret 4/21, S. 45, https://www.konkret-magazin.de/hefte/2021/585-4-21



Klaus Stuttmann in „Eulenspiegel“, 01/2023 S.11, www.eulenspiegel-zeitschrift.de

Das dreckige Dutzend + PCB zählt dazu

Schadstoffbelastungen in Schulräumen können Lehrer wie Schüler krank machen. Doch Betroffene brauchen einen langen Atem bis dies als Berufskrankheit anerkannt und entschädigt wird.

Graffiti am Brückenkopf Mainz-Kastel, ca. 2018

Formaldehyd, Asbest, Lösemittel, Schimmelpilze, Strontium und andere Schadstoffe - in vielen Schulen und Kindertagesstätten wirken ganze Giftcocktails. Vor allem die PCBs, also polychlorierte Biphenyle, werden als Schulgift Nummer eins angesehen, denn in zwischen 1960 und 1975 erbauten Gebäuden hat man sie reichlich verwendet. Chronische PCB-Belastungen gelten als krebserregend und bewirken unter anderem Störungen der Immunabwehr, Fortpflanzungsschädigungen und Leberschäden. Bereits bei niedrigen Konzentrationen können massive Befindlichkeitsstörungen wie Kopfschmerzen, Übelkeit, Schwindelgefühle, psychische Beeinträchtigungen und häufige Infekte auftreten.

Umweltmediziner weisen schon länger auf Untersuchungen über den Zusammenhang von Erkrankungen, Entwicklungsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten von PCB-belasteten Kindern hin. Auch bei einer beträchtlichen Zahl von Frühpensionierungen und schweren Krankheiten von Pädagogen besteht der Verdacht, dass schädliche Umweltbelastungen in Schulgebäuden und Kindertagesstätten eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

In der Zeitschrift "Umwelt-Medizin-Gesellschaft", Ausgabe 4/2022 erschien unter der Rubrik "Arbeitsmedizin" eine "Beobachtungsstudie zur Belastung von Steinkohle-Bergleuten mit PCBs und Schwermetallen"[1], die von dem Bergbaukonzern Ruhrkohle AG, der Versicherungswirtschaft und der Führung der IGBCE zu möglichen PCB-Belastungen von Bergleuten durchgeführt wurde.

Die Studie ist auch für die GEW interessant, wie sich aus den Schlussfolgerungen ergibt.

Ich will unsere Leserinnen nicht mit Statistiken langweilen und auch nicht mit dem medizinisch-chemischen Fachjargon. Aber auch in dieser Studie wird deutlich, was seit langem offensichtlich, aber oft geleugnet und heruntergespielt wird, nämlich dass Erkrankungen durch PCB-Einfluß nicht als "Arbeitsunfall" anerkannt werden, weil die Erkrankung angeblich nicht eindeutig nachzuweisen sei. Viele Bergleute sind an Krebs verstorben, andere wurden entlassen, weil sie "zu oft krank" waren und ihre Krankheiten mit den gängigen medizinischen Kenntnissen oft nicht erklärt werden konnten.

PCBs gehören zum sogenannten "dreckigen Dutzend" der 12 umwelt- und gesundheitsschädlichsten

1 Auf der Offenen Akademie fand der Vortrag „Bergarbeiter und Familien gegen PCB-Vergiftung“ statt. Der Beitrag präsentierte die Befunde einer RAG-unabhängigen Blut- und Urinuntersuchung von Bergarbeitern aus dem Jahr 2021. Die Studie ist nun abgeschlossen. Die vollständige Studie ist auf der Webseite der Offenen Akademie unter: https://offene-akademie.org/belastung-von-steinkohle-bergleuten-durch-pcb-und-schwermetalle/

Chemikalien. Sie wurden durch die Stockholmer Konvention vom 22. Mai 2001 weltweit verboten. Die Gefährlichkeit von PCBs resultiert vor allem aus Anreicherungen im Gewebe, Langlebigkeit, hoher Giftigkeit sowie der Möglichkeit sich unter anderem in der Nahrungskette zu verbreiten.

Typische Auswirkungen dieses Giftes sind Chlorakne, Haarausfall, Hyperpigmentierungen, Leberschäden, Fehlbildungen, Anreicherung im Organismus. Die körperliche und geistige Entwicklung kann durch PCBs verzögert werden. Sie können das Hormonsystem stören, was zu Unfruchtbarkeit bei Männern und Hodenhochstand führen kann. Auch können diese Stoffe für andere hormonell bedingte Erkrankungen verantwortlich sein. Aufgrund ihrer Fettlöslichkeit werden PCBs auch bei bloßem Hautkontakt vom Körper aufgenommen.

Viele chemische Stoffe, mit denen heute in Betrieb, Schule und KiTa, im Verkehr oder zu Hause umgegangen wird, sind nicht nur nützlich, sondern häufig leider auch gefährlich.

Aus den Schlussfolgerungen der Studie ergeben sich Forderungen, die für alle Betroffenen, auch für pädagogisches Personal, das in nicht PCB-freien Einrichtungen arbeiten muss, zutreffen müssen.

Die GEW könnte diese Forderungen übernehmen:

- Betroffene müssen das Recht auf eine umweltmedizinische Untersuchung bei einer unabhängigen Institution bekommen, auf Kosten der Gemeinden bzw. des Landes
- Es muss eine Beweislast-Umkehr zugunsten des erkrankten Antragstellers erfolgen, wenn die Exposition nachweisbar ist und Krankheiten bestehen, die dem bekannten Krankheitsspektrum der PCBs bei chronischer Exposition entsprechen.
- Bereits bei begründetem ärztlichem Verdacht auf eine berufliche Belastung mit PCBs und Schwermetallen muss eine profunde Laboruntersuchung zu Lasten der zuständigen Berufsgenossenschaft in Verbindung mit der Meldung des Verdachts auf eine Berufserkrankung möglich sein.
- Zahlreiche weitere Studien sind notwendig. Hier sind dringend mehr öffentliche Mittel erforderlich .

Jürgen Jäger, ehemaliger Schadstoff- und Umweltbeauftragter der GEW-Hessen, Senior-&Gedächtnis-Trainer

Termine

Treffen Fachgruppen Gesamtschulen, Sekundarschulen, Haupt- und Realschulen

Dienstag, 28.02.2022
ab 15:30 Uhr
Café Blum
Wilhelmstraße 60, Wiesbaden

0152/08210555
d.zissel@gmx.de

René Scheppler und Dominik Zissel

Treffen Fachgruppe Grundschulen

Dienstag, 28.02.2022
ab 15:30 Uhr
Café La Maison du Pain
Webergasse 3a, Wiesbaden

0611 / 168 640 58
https://g.co/kgs/m1ny8A

Johanna Browman

Treffen Fachgruppe Sozpäd

Dienstag, 28.02.2022
19 - 20:30
Geschäftsstelle der GEW
Gneisenaustr. 22
Wiesbaden

fg-sozpaed@gew-wiesbaden.de

Thorsten Willig

Treffen Fachgruppe Berufsschulen

Dienstag, 28.02.2022
19 - 20:30
Kerschensteinerschule
Welfenstraße 10, Wiesbaden

c.hahn@gew-wiesbaden.de
liv@gew-wiesbaden.de

Chris Hahn und René Prokop

15 Punkte gegen den Lehrkräftemangel

https://www.gew.de/15-punkte-gegen-lehrkraeftemangel

Bundesweit fehlen Lehrerinnen und Lehrer. Die GEW macht 15 Vorschläge an die Politik, was jetzt getan werden muss. So kann der Lehrkräftemangel bekämpft und die Krise im Klassenzimmer noch verhindert werden.

1. Arbeitszeitreserven heben
2. Multiprofessionelle Teams bilden
3. Mehr IT- und Verwaltungsunterstützung
4. Gutes Geld für gute Arbeit – Attraktivität des Lehrkräfteberufs steigern
5. Studienplätze ausbauen, Studium verbessern
6. Ausländische Abschlüsse anerkennen
7. Vorbereitungsdienst stärken
8. Bezahlung der Anwärter*innen und Referendar*innen über Mindestlohn heben
9. Gemeinsamer Kraftakt Quer- und Seiteneinstieg
10. Beschäftigte ohne Lehramt begleiten und ihnen Perspektiven bieten
11. Mentor*innen stärken
12. Schulen in schwierigem Umfeld besser ausstatten
13. Neue Wege gehen
14. Kurswechsel bei Einstellungspolitik
15. Verbindlichkeit sichern